

Gratulationen aus Deutschland

Merkel und Steinmeier beglückwünschen Fernández

Buenos Aires (AT/mc) - Deutschland werde „auch weiterhin ein verlässlicher Partner“ Argentiniens sein. Dies versicherte Bundeskanzlerin Angela Merkel dem designierten argentinischen Präsidenten Alberto Fernández. Wenige Tage nach den Wahlen gratulierte die CDU-Politikerin dem Peronisten herzlich zu dessen Wahlerfolg. Am Tag zuvor hatte bereits US-Präsident Donald Trump per Telefon seine Glückwünsche übermittelt.

Merkel hob in ihrem Schreiben hervor: „Deutschland und Argentinien blicken auf viele Jahre enger freundschaftlicher Beziehungen zurück. Unsere Partnerschaft und die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Regierungen beider Länder wurden stets über alle Regierungswechsel hinweg fortentwickelt und vertieft.“ In diesem Sinne werde Deutschland an der Seite Fernández' stehen, wenn es um „die Bewältigung großer innenpolitischer,



Angela Merkel empfahl Deutschland als verlässlichen Partner.

regionaler und globaler Aufgaben“ gehe.

Fernández bedankte sich wenig später via Twitter. Er äußerte die Hoffnung, die Zusammenarbeit nicht nur zwischen beiden Ländern auszubauen, sondern auch zwischen dem Mercosur und der Europäischen Union. Beide Wirtschaftsböcke hatten sich vor wenigen Monaten auf ein Freihandelsabkommen

verständigt, das jedoch noch von den beteiligten Ländern ratifiziert werden muss. Fernández machte bei seiner Antwort an Merkel aber auch deutlich, dass die Kooperation nicht auf Kosten der schwächsten Bevölkerungsschichten gehen dürfe. Deren Schutz müsse vielmehr garantiert werden.

Fernández hatte sich im Juni unmittelbar nach dem Vertragsabschluss skeptisch zu dem Abkommen geäu-

► Inhalt

Klicken Sie bitte auf den Titel des gewünschten Artikels oder die gewünschte Rubrik

Argentinien

- Die große Liebesparade 3
- Die Woche in Argentinien..... 4

Meinung

- Die Macht des neuen Präsidenten 5
- Im Blickfeld: Typisch deutsch..... 6
- Randglossen 8

Wirtschaft

- Keine Dollartarife mehr? 9

Steuereinnahmen

- im Oktober: +42,8%..... 11
- Argentinien 12
- Lateinamerika 14
- Geschäftsnachrichten..... 14

Wirtschaftsübersicht

- Ein letzter Inflationsschub:
ein Geschenk von Macri an Fernández 15
- Ideologische Phantasien
und komplexe Realitäten 17

bert: „Ich habe keine Angst vor der Öffnung. Aber ich werde nicht zulassen, dass diese Öffnung auf Kosten der argentinischen Industrie und Arbeit geht.“

Die deutsch-argentinischen Beziehungen waren in jüngster Vergangenheit Schwankungen ausgesetzt. Waren sie während der Präsidentschaft von Cristina Fernández de Kirchner eher kühl, nahmen sie unter Mauricio Macri wieder an Fahrt auf. Macri war zu Gast in Berlin, Merkel weilte zweimal in Buenos Aires. In den vergangenen vier Jahren gab es zahlreiche Besuche von Politikern aus Deutschland in Argentinien. Zur Amtseinführung Macris vor vier Jahren war mit Christian Wulff ein ehemaliger Bundespräsident als Repräsen-

tant Deutschland an den Río de la Plata gekommen.

Deutschlands aktuelles Staatsoberhaupt Frank-Walter Steinmeier übersandte Alberto Fernández Glückwünsche. Dabei betonte der Sozialdemokrat die „grundlegenden demokratischen Werte“, die beide Länder teilten. Auch würdigte Steinmeier die „engen politischen und wirtschaftlichen Verbindungen“ zwischen Deutschland und Argentinien. Ähnlich wie Merkel versicherte auch der Bundespräsident seinem künftigen Amtskollegen, in Deutschland einen „engen und treuen Verbündeten und Freund“ zu haben.

IMPRESSUM

Argentinisches Tageblatt

- ▶ Verlag und Verwaltung: Ciudad de La Paz 1410 C 1426 AHB Buenos Aires
- ▶ Telefon/Fax: (5411) 4782-5104 / 4785-0227 / 4780-4353
- ▶ Internet: www.tageblatt.com.ar
- ▶ E-Mail: info@tageblatt.com.ar
atda@tageblatt.com.ar (Digitale Ausgabe)
vereine@fibertel.com.ar (Gemeinschaften)
atpublicidad@fibertel.com.ar (Anzeigenabteilung)
- ▶ Twitter! @ATdeBuenosAires
- ▶ Facebook argentinischstageblatt
- ▶ Instagram arg_tageblatt

Redacción y Administración:

Ciudad de La Paz 1410 - C 1426 AHB, Buenos Aires

Propiedad de: ALEMANN S.R.L.

Director: Dr. Roberto T. Alemann

Reg. Nacional de la Propiedad Intelectual: N° 47.261.704

„...mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen“

Argentinisches Tageblatt, Nr. 1 (29. April 1889)



**Medienpreis
Dialog für
Deutschland
2012**



**Swiss
Award 2013**

Die große Liebesparade

Hunderttausende bei der 28. Parade für sexuelle Freiheit und Diversität

Von Catharina Luisa Deege

Buenos Aires (AT) - Die Plaza de Mayo ist gefüllt am Samstagnachmittag. Unter der Erde, in den Gängen der U-Bahnstation Catedral, deutet sich schon an, dass auf dem wohl berühmtesten Platz der argentinischen Hauptstadt etwas ganz Besonderes vor sich geht. Regenbogenarmbänder, außergewöhnliche Make-Ups und auffällige Outfits lassen das Fest der Diversität und des Stolzes der LGBT-Community (Lesbisch-Schwul-Bisexuell-Transsexuelle Ge-



Originelle Outfits bei der Parade.

meinschaft) erahnen. Steigt man langsam die Treppe der Unterführung hoch, so wird die Musik, die aus den Umzugswagen klingt, mit jeder Stufe etwas lauter.

Am Samstag wurde getanzt, gefeiert und vor allem: geliebt. Die Parade „Marcha del Orgullo“, die sich über die gesamte Avenida de Mayo erstreckte, wurde gegen 16 Uhr in Gang gesetzt und fand erst in den späten Abendstunden ihr Ende. Mehrere Wagen verschiedenster Gruppierungen zogen mit dicken Lautsprechern an den kunterbunten Menschenmassen vorbei. Von „Frente izquierda“, „Patria Grande“ bishin zur „Juventud Radical“ waren Tausende lesbische, schwule, bi-, trans-, inter-, pan-, und asexuelle Mitglieder politischer Vereinigungen vertreten.

Unter den ebenfalls nicht gerade in geringem Maße anwesenden Travestien befand sich auch der Sohn des zukünftigen Präsidenten Alberto Fernández, Estanislao Fernández. Kein Wunder, denn sein Vater plädierte bereits bei seiner Siegesrede am Wahlabend für „ein Argentinien mit mehr Rechten, in dem Liebe und Gleichheit herrschen“.

Die Organisatoren gingen von 350.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus. 350.000, die für sexuelle Di-

versität und Freiheit einstehen. Viele Anwesende machten sich dazu ebenfalls mit dem grünen „Aborto Legal“-Tuch für die Legalisierung der Abtreibung und die Rechte der Frauen stark. 350.000, die anhand von Plakaten, riesigen Regenbogenflaggen und anderen eindrucksvoll-berührenden Aktionen ihre Stimmen vereinten, um sich gemeinsam im Chor für die Gleichberechtigung derer laut machten, die immer noch aufgrund ihrer sexuellen Orientierung unterdrückt werden.

Die aktuelle Teilnehmerzahl ist vor allem im Vergleich zur ersten „Marcha de Orgullo“ beeindruckend, waren doch 1992 lediglich 300 Personen anwesend, um gegen die Diskriminierung der Homosexuellen zu kämpfen. Da viele staatliche Institutionen in Argentinien immer noch eng mit der katholischen Kirche zusammenarbeiten, bekommt die Gegenbewegung der Feministinnen und der LGBT-Gemeinschaft jedoch mit jedem Jahr mehr Zuspruch und Unterstützung. Übersehen und überhören kann man die jährlichen Pride-Umzüge also nicht mehr - und das soll auch so bleiben.

Die Woche in Argentinien

Alberto besucht Mexiko

Mexiko-Stadt - Auf seiner ersten Reise als gewählter Präsident Argentiniens hat Alberto Fernández Mexiko besucht - und so mit einer langen Tradition gebrochen. Seine Vorgänger waren nach dem Wahlerfolg üblicherweise zuerst nach Brasilien gereist. Dass Fernández sich anders entschied und am Montag in Mexiko-Stadt den mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador traf, werteten manche Experten als Zeichen für neue Bündnisse in Lateinamerika. Brasiliens rechter Präsident Jair Bolsonaro hatte nach dem Sieg des Mitte-Links-Politikers Fernández bei der Wahl am 27. Oktober gesagt: „Argentinien hat eine schlechte Entscheidung getroffen.“ Er kündigte an, nicht zur Vereidigung am 10. Dezember in Buenos Aires zu erscheinen. Zuvor hatte Bolsonaro für den Fall eines Wahlsiegs für Fernández mit Brasiliens Austritt aus dem Mercosur gedroht. Ein Stein des Anstoßes ist Fernández' Unterstützung für den linken Ex-Präsidenten Brasiliens, Lula da Silva, der eine mehrjährige Haftstrafe wegen Korruption verbüßt - zu Unrecht, wie Fernández meint.

Endgültiges Wahlergebnis

Alberto Fernández hat fast acht Prozent mehr gültige Wählerstimmen erreicht als Mauricio Macri. Das amtliche Endergebnis der nationalen Wahlkommission, welches die Zeitung „Clarín“ vorab veröffentlichte, weicht somit nur geringfügig von den vorläufigen Resultaten ab. Demnach bringt es der siegreiche Kandidat von „Frente de Todos“ (Bündnis von allen) auf 48,24 Prozent, während der bisherige Präsident 40,28 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Nach den vorläufigen Zahlen hatte es 48,10 zu 40,37 Prozent gestanden. Die absoluten Zahlen weisen nunmehr 12.942.183 gültige Stimmen für Fernández aus, während für Macri 10.805.634 Stimmen registriert wurden. Das amtliche Endergebnis bestätigte des Weiteren die knappen Siege des (bisherigen) Regierungslagers in den Provinzen Entre Ríos und Santa Fe. Da in erstgenanntem Gliedstaat auch Senatorenposten neu gewählt wurden, sicherte sich die Macri-Allianz dort die zwei Mandate für das Oberhaus des Kongresses, die jeweils der stärksten politischen Kraft einer Provinz zustehen.

Macri bleibt in der Politik

(Noch)-Präsident Mauricio Macri hat angekündigt, trotz der Wahlniederlage in der Politik bleiben zu wollen. Bei einer erweiterten Kabinettsitzung im CCK am Montag sagte er: „All denjenigen, die mich seit 2003 fragen, ob ich mich aus der Politik zurückziehe, sage ich: Ich bin hier, und ich gehe sonst nirgends hin.“ Ein politisches Engagement ende nicht mit einem Regierungsamt, deutete Macri an, zukünftig eine führende Rolle in der Opposition einzunehmen. „Nach all den Jahren kann ich sagen, mein Land und mein Volk mehr zu lieben als je zuvor.“ Der scheidende Staatschef strebe eine „konstruktive Opposition“ an, deren Ziel nicht darin bestehe, der Regierung ständig ins Rad zu greifen. „Jeder Kommentar und jeder Vorschlag von uns muss intelligent und verantwortungsvoll sein.“ Voraussetzungen, Einfluss zu nehmen, bestehen: In der Deputiertenkammer hat Macris Bündnis „Juntos por el Cambio“ (Gemeinsam für den Wandel) eine große Fraktion.

Museum hält an Plänen fest

Das Holocaust-Museum von Buenos Aires hält weiterhin an seinen Plänen fest, bestimmte NS-Devotionalien für pädagogische Ausstellungszwecke zu verwenden. Dies gab die Einrichtung vor wenigen Tagen in einer Pressemitteilung bekannt. Hintergrund der Erklärung ist eine Recherche des deutschen Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“. Dieses hatte unter Berufung auf den Experten Dr. Stephan Klingen berichtet, dass es sich bei dem vor zwei Jahren durch die Polizei in Beccar konfiszierten „Nazi-Schatz“ um Fälschungen und Verfälschungen handele. Das Museum führte aus, dass zahlreiche Gegenstände nach dem Zweiten Weltkrieg zwar geringfügig verändert worden seien, dadurch aber ihre „historisch-kulturelle Bedeutung“ nicht verloren hätten. So hätten auch Museen in Deutschland Interesse bekundet, die Artefakte auszustellen. Das Holocaust-Museum versicherte zudem, dass Gegenstände, die komplette Fälschungen sind, nicht gezeigt werden.

(AT/mc)

Die Macht des neuen Präsidenten

Von Juan E. Alemann

Ein gewählter Präsident hat laut Verfassung stets viel Macht, was bedeutet, dass sein Wort bei Regierungsentscheidungen den Ausschlag gibt. Doch was in der Verfassung nicht geschrieben steht, ist dass die Macht effektiv größer ist, wenn eine Wahl mit mehr Stimmen als notwendig und einem hohen Vorsprung vor seinem Hauptopponenten gewonnen wurde. Dieses Mal waren es 48 gegen 40 Prozent. Ebenfalls steht nirgend geschrieben, dass die Macht eines Präsidenten größer ist, wenn er sie effektiv einsetzt und sich nicht von Mitgliedern seiner Regierung, seiner Partei, der Opposition oder den korporativen Gruppen der Gesellschaft einschüchtern lässt. Es geht dabei nicht um die Art und Weise der Machtausübung, sondern über den Inhalt. „Suaviter in modo, fortiter in re“, sagten die Römer.

Alberto Fernández muss sich jetzt bewusst sein, dass er seine Macht voll ausüben muss, und sich auch von Cristina nichts vorschreiben lassen kann. Unlängst hat er den ehemaligen Präsidenten Raúl Alfonsín gelobt, was er schon kurz vorher bei einem öffentlichen Auftritt in Mar del Plata getan hat, und ihn dabei sozusagen als Vorbild hingestellt. Merkwürdigerweise hat AF nie Perón erwähnt, der ein sehr klares Machtbewusstsein und auch eine Machtstrategie hatte. Alfonsín hingegen hatte dies nicht. Er war sich nicht einmal bewusst, was es bedeutete, 1983 eine Wahl mit großem Abstand vor dem Peronismus gewonnen zu haben.

Der Dachverband der Gewerkschaften hat 13 Streiks gegen Alfonsín organisiert und dabei störend gewirkt. Alfonsín schenkte der CGT dabei jedes Mal etwas, mit der naiven Absicht, sie zu besänftigen, erreichte aber genau das Gegenteil. Als 1987 der Stabilisierungsplan „Austral“ eingeführt wurde, forderte der damals mächtige Vorsitzende der Metallarbeiter, Lorenzo Miguel, eine Lohnzulage von 35 Prozent, die Wirtschaftsminister Juan

Sourrouille verweigerte, aber Alfonsín dann doch genehmigte. Dadurch hatte er seinen Minister geschwächt, und das am Anfang erfolgreiche Stabilisierungsprogramm aufgegeben. Er endete mit Hyperinflation und musste vorzeitig abtreten.

Menem hat gegenüber den Gewerkschaften ganz anders gehandelt. Wenn sie ihn bedrohten, drohte er mit der Liberalisierung der Sozialwerke, was er zum Teil effektiv durchführte, indem er den Arbeitnehmern erlaubte, den Beitrag zum Sozialwerke bei einer privaten Krankenversicherung anzurechnen oder auf ein anderes Sozialwerk überzugehen. Menem behandelte die Gewerkschafter persönlich wie intime Freunde, gab aber in der Sache nicht nach. Er hatte ein klares Machtbewusstsein. Nur so konnte er das Wunder erreichen, gleichzeitig zu stabilisieren und ein hohes Wachstum zu erreichen.

AF muss sich jetzt bemühen, den wilden Kampf um die Einkommensverteilung, der in Argentinien besteht, zu bändigen. Er hat keinen Spielraum, um gegenüber Gewerkschaften, Landwirten, Unternehmern der Industrie, der Banken, der Bauwirtschaft u.a., nachzugeben, auch gegenüber den Staatsangestellten u.a nicht. Er muss Löhne, Gewinne, Einkommen aller Art und Staatsausgaben in Grenzen halten und zeigen, dass der Staat, den er als Präsident vertritt, entscheidet, und nicht derjenige, der mehr Druckmöglichkeiten hat.

Die volle Ausübung der Macht wird AF früher oder später einen Konflikt mit Cristina schaffen. Denn Politiker der Regierungspartei, Gewerkschaftler, Unternehmer u.a. werden versuchen, ihre Interessen über sie durchzusetzen. Wenn sie sich dabei voll auf die Seite des Präsidenten stellt, dann verliert sie faktisch ihre Machtposition in der Regierung. Und das dürfte ihr bestimmt nicht passen.

Im Blickfeld

Typisch deutsch

Von Friederike Rennecke

Vermutlich hat ein Christkind noch nie zuvor so viele Schlagzeilen gemacht wie Benigna Munki. Sie ist 17 Jahre alt, hat ein wundervoll freundliches Lächeln und wird für die nächsten zwei Jahre den Nürnberger Christkindlesmarkt eröffnen und die Stadt vertreten. Sie ist in Deutschland geboren, hat eine deutsche Mutter und einen Vater, der aus Indien kommt. Seit „einer gefühlten Ewigkeit“ besitzt er allerdings die deutsche Staatsbürgerschaft. Dennoch nimmt die rechtspopulistische AfD ihr nicht ganz so typisch deutsches Aussehen sofort zum Anlass, um im Internet wiederholt rassistische und fremdenfeindliche Kommentare zu hinterlassen. „Ein ‚Christkind‘, dem man die Herkunft an der Nasenspitze ansehen kann, ist ein Schlag ins Gesicht aller Freunde von Tradition und gewachsener Herkunft“, heißt es dort von AfD-Bundestagsabgeordneten Reinhardt Rupsch. Der aber wohl umstrittenste Kommentar kam vom AfD-Kreisverband München-Land München: „Nürnberg hat ein neues Christkind. Eines Tages wird es uns wie den Indianern gehen.“ Dies kann eigentlich nur als eine Anspielung an die indigenen Völker verstanden werden, die in den USA von den europäischen Einwanderern nach und nach verdrängt und unterdrückt worden sind. In einem weiteren Beitrag distanziert sich die AfD-Kreisvorsitzende München-Land Christina Specht von dieser Aussage und betont, dass diese Ansichten nicht den Werten der AfD entsprechen würden, und entschuldigt sich bei Benigna Munki.

Alle diese Beiträge wurden inzwischen wieder

gelöscht, aber das Internet vergisst nicht, was einem anhand der Reaktionen wieder einmal hervorragend demonstriert wird. Innerhalb kürzester Zeit gibt es tausende Gegenreaktionen und Unterstützer für die junge Benigna. Andere Facebook- und Twitter-Nutzer schreiben: „Der AfD München-Land ist nicht mal das Christkind heilig“ heißt es dort, oder „Den Gedanken der Nächstenliebe scheint ihr noch nicht ganz verstanden zu haben“. Es hat sich ein förmlicher „Love-Storm“ an Unterstützern für Benigna Munki in den Sozialen Medien gebildet. Welche sich nun umso mehr freut, Nürnberg vertreten zu können. Ihre Reaktion gegenüber der AfD war, dass es ihr leidtue „für die Menschen, die mit solch einer Sicht durchs Leben gehen und sich nicht auf das fokussieren können, was wirklich wichtig ist“. Was für wahre Worte gesprochen von einer 17-Jährigen. Die sollte sich die AfD vermutlich einmal zu Herzen nehmen. Man muss sicherlich nicht verstehen, wie die Wahl des Christkinds so eine Reaktion der AfD hervorrufen kann. Schließlich tragen die Mädchen sowieso eine blond gelockte Perücke. Allerdings ist es auch nicht das erste Mal gewesen, dass die AfD mit solcher Art Kommentare aufgefallen ist. 2016 hat der stellvertretende AfD-Vorsitzende Alexander Gauland für Schlagzeilen gesorgt, in dem er über den Fußballer Jerome Boateng behauptete, dass die Leute ihn als Fußballspieler gut fänden, ihn aber nicht als Nachbarn haben wollten. Die Aussage über den in

Deutschland geborenen und aufgewachsenen Nationalspieler wird als „geschmacklos“ empfunden und hat unzählige Reaktionen an Empathie für Boateng zur Folge. Gauland versucht schließlich zurückzurudern und meinte, er habe Boateng nicht verletzen wollen.

Auf der einen Seite steht die Tatsache, dass sich Menschen immer noch von Vorurteilen leiten lassen und rassistische Kommentare von sich geben. Dies ist traurig und passt eigentlich nicht in unsere Zeit des Fortschritts, in der der kulturelle Austausch so einfach ist wie nie zuvor. Dass eine Partei mit solch öffentlich fremdenfeindlichen Ansichten, zurzeit so großen Anklang in vielen deutschen Regionen findet, ist erschreckend. Auf der anderen Seite ist es gerade schön zu sehen, wie sehr die Menschen zusammenhalten, sich deutlich gegen solche Aussagen stellen und sich für ein junges Mädchen wie Benigna Mumsi einsetzen. Sie ist in einer Tradition von über 70 Jahren das erste nicht-weiße Christkind. Man könnte dies als einen Fortschritt der Integration deuten. Aber eigentlich sollte die Hautfarbe in solchen Dingen keine Rolle spielen. Dennoch stellt sich generell die Frage, inwiefern die derzeitige Version des Christkinds in Nürnberg mit blond gelockter Perücke, Krone und

goldenem Gewand noch in unsere Zeit passt. Eine Tradition, die bis 1948 zurückgeht.

Aber Traditionen kann man auch brechen. Ein wirklich schönes Beispiel dafür ist die Wahl des Weinkönigs in Trittenheim vor schon 20 Jahren! Cephass Bansah, König einer Region in Ghana, wohnhaft in Ludwigshafen, war der erste Weinkönig des Trittenheimer Weinfestes. Zuvor gab es immer nur Weinköniginnen, aber es konnte niemand passendes gefunden werden. Also hat man sich 1999 für den Afrikaner entschieden. Zu der etwas unüblichen Entscheidung kommt noch hinzu, dass er noch nie zuvor in seinem Leben Wein getrunken hatte. Auch er hat damals für unzählige Schlagzeilen gesorgt, aber so wie auch jetzt bei Benigna Mumsi, war die Unterstützung aus der Gemeinde riesengroß. Warum muss denn auch alles dem Idealbild entsprechen? Warum muss es denn so bleiben, nur weil es „schon immer so war“? Veränderungen bedeuten nicht immer etwas Schlechtes, manchmal sind sie sogar notwendig. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier und hat viel zu viel Angst vor Veränderungen und dem Neuen. Aber warum eigentlich?

Randglossen

Im Parlament ergibt sich ab 10. Dezember eine eigenartige Lage. Alberto Fernández zählt zwar über mehr Senatoren und Abgeordnete als Macri, aber seine Fraktion ist gespalten, während die von Macri einheitlich ist und in den wesentlichen Aspekten, die die Gesellschaft betreffen, die gleiche Meinung vertritt, und Macri als politischen Leiter anerkennt. Bei der "Front von allen" stehen viele zu Alberto, aber voraussichtlich viele mehr zu Cristina. Und über die Personen hinaus, besteht hier auch eine ideologische Kluft, mit traditionellen Peronisten, die wie gemäßigte Sozialdemokraten denken, auf der einen Seite, und anderen, die dem Marxismus nahestehen, von denen viele in ihrer Jugend Montonero-Terroristen waren. Es sind diejenigen, die beim letzten Auftritt von Perón am Regierungsbalkon die Plaza de Mayo verließen, nachdem sie Perón beschimpft hatten, und er sie. AF könnte sich gezwungen sehen, in wichtigen parlamentarischen Entscheidungen auf die Hilfe der Macri-Leute angewiesen zu sein.

Vor nicht allzu langer Zeit hat die Deutsche Presse Agentur (dpa) ihren Dienst um ein wichtiges Element erweitert. Es heißt „Faktencheck“ und ist ... na ja, das kann man nicht so genau sagen. Lustig, traurig, lehrreich, erschreckend, notwendig und nutzlos. Da erfährt man zum Beispiel, dass der frühere SPD-Chef und Bundeskanzler Willy Brandt Sozialismus und Na-

tionalsozialismus nie gleichgesetzt hat, oder der grüne Ko-Vorsitzende Robert Habeck keinesfalls Bargeld verbieten will. Man wird darüber aufgeklärt, dass im Netz gepostete Fotos gefälscht wurden oder schlicht andere Dinge darstellen als behauptet. Es ist auch gut, zu wissen, dass Donald Trump den italienischen Präsidenten Mattarella nicht Mozzarella genannt hat, sondern lediglich Strafzölle auf die Einfuhr von italienischem Mozzarella erheben will.

Im Übrigen war es der frühere CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber, der 1979 behauptet hatte, dass „Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten“ gewesen seien, und Habeck will eine Obergrenze bei Bargeldzahlungen, um die Geldwäsche einzudämmen. Man kann sich darüber amüsieren, was da alles richtig gestellt werden muss, wobei man vom Gros der Fake news kaum etwas gehört hat. Diese findet man in einschlägigen Foren oder auf Webseiten, die sich auf Verschwörungstheorien spezialisiert haben. Aufklärung ist eine wichtige Aufgabe für seriöse Medien, doch es gibt einfach zu viele Menschen, die solchen Mist glauben. In den USA gibt es immer noch eine große Zahl von Menschen, die überzeugt sind, dass Hillary Clinton in einen Kinderporno-Skandal verwickelt gewesen sei.

Keine Dollartarife mehr?

Der gewählte Präsident, Alberto Fernández, erklärte in Mexiko am Montag, er werde die Bindung der Tarife an den Dollarkurs aufheben. Er sagte, es könne nicht sein, dass die Tarife an den Dollar gebunden seien, aber der Rest der Wirtschaft nicht. Vorsichtshalber fügte er dann hinzu, die Energieunternehmen müssten sich eben anstrengen. Was er sagte, klingt schön, ist aber inhaltlich sehr problematisch.

Das Problem ist viel komplizierter, als es AF darstellt. Die Preise von Importgütern sind an den Dollar gebunden, und das kann nicht anders sein. Auch bei Gütern, die zu einem bedeutenden Teil exportiert werden (Getreide, Ölsaaten, und somit auch Mehl und Speiseöl, u.a.) bestimmt der Wechselkurs mit dem Dollar, und auch der Weltmarktpreis, weitgehend den internen Preis. Erdöl und seine Produkte (Benzin, Dieselöl, Schmieröl, Heizöl u.a.) sind direkt an die internationalen Preise gebunden, weil sie zum Teil sowohl importiert wie exportiert werden. Das Gleiche besteht bei Gas, obwohl hier die Bindung an den Weltmarktpreis nicht so direkt ist, umso mehr als es einen Preis für Gas aus Bolivien gibt, und einen anderen höheren (und stark schwankenden) für verflüssigtes Gas, das per Schiff importiert oder jetzt auch exportiert wird. Wer in Erdöl und Gasforschung und Förderung investiert, tut dies nur, wenn er den internationalen Preis erhält. Sonst investiert er woanders.

Bei Erdöl und Gas besteht in Argentinien ein grundsätzliches Problem: die traditionellen Lager, die allgemein niedrige Förderungskosten aufweisen, erschöpfen sich zunehmend, so dass ihre Produktion in den letzten Jahren schon abgenommen hat und in Zukunft noch stärker abnehmen wird. Die neuen Lager, sowohl die von Schieferöl und -gas in Vaca Muerta, wie die auf der Meeresplattform und eventuell solche im Hochgebirge, die 4.000 Meter unter Meer tief liegen, sind mit viel höheren Kosten verbunden. Der Übergang von billigem Erdöl und -gas auf teures schafft für die argentinische Wirtschaft ein

strukturelles Problem, das mit oder ohne Dollarisierung der Tarife besteht. Bei der Dollarisierung wird im Wesen ein Höchstpreis für diese nicht konventionellen Lager festgesetzt.

Wenn die Preise der Erdölprodukte, an erster Stelle Benzin und Dieselöl, nicht an den Dollarkurs gebunden sind, dann entsteht ein Problem, wenn das Rohöl sich an den Dollar hält. Normalerweise entsteht dann ein Verlust im Bereich des "Downstreams" (Raffinerien und Vertrieb), den jemand tragen muss. Wenn die Differenz gering ist, kann das Problem eventuell nicht kritisch sein, sondern nur bedeuten, dass Raffinerien und Tankstellen weniger verdienen. Bei einer höheren Differenz entstehen jedoch untragbare Verluste, die die Unternehmen auf Dauer nicht verkraften können, so dass sie auf staatliche Subventionen angewiesen sind. Doch dem Staat fehlt schon jetzt Geld, so dass er nicht in der Lage ist, weitere Subventionen zu übernehmen. Und Subventionen an Erdölunternehmen klingen ohnehin merkwürdig und schaffen somit ein politisches Problem. Eine Lösung könnte auch darin bestehen, dass die Steuer auf Benzin und Dieselöl stark verringert wird. Diese Steuer, die es in den USA u.a. Ländern nicht gibt, ist bei der Bindung des internen Preises an den internationalen problematisch. Aber es handelt sich um eine Steuer, die nicht hinterzogen wird und niedrige Kosten für die Eintreibung aufweist, so dass kein Schatzminister bereit ist, auf diese Einnahme zu verzichten.

Der Preis für Treibstoffe und Strom wirkt sich schließlich auch auf die Transportkosten aus. Die U-Bahnen und Passagiereisenbahnen werden mit Strom angetrieben, die Omnibusse mit Dieselöl. Hier besteht schon eine hohe Subvention, die um die Hälfte der Kosten deckt. Eine volle Deckung durch die Tarife, die die Passagiere zahlen, wäre sehr konfliktiv, so dass sich auch die Macri-Regierung nicht traute, so weit zu gehen. Die "Entdollarisierung" der

Tarife, die AF angekündigt hat, bedeutet in diesem Fall konkret, dass die Subvention steigen wird, was sich direkt auf das Defizit der Staatsfinanzen auswirkt, das ohnehin schon zu hoch ist.

Der elektrische Strom wird zum Teil durch Wärmekraftwerke erzeugt, die vorwiegend mit Gas gespeist werden, gelegentlich auch mit Heizöl und Dieselöl. Hinzu kommen dann die Wasserkraftwerke, die Kernkraftwerke und in den letzten Jahren zunehmend die Windkraftwerke und die Sonnenanlagen. Die Stromkosten sind somit nur zu etwa der Hälfte an den Erdöl- und Gaspreis gebunden. Das kann zur Versuchung führen, die Tarife künstlich niedrig zu halten. Doch das würde Investitionen in Wasserkraftwerken und noch mehr in Windkraftwerken nicht attraktiv machen. Besonders bei Windkraftwerken besteht die Möglichkeit einer sehr hohen Expansion, nachdem in vielen Gegenden Patagoniens ein ständiger starker Wind bläst, wie nirgends auf der Welt. Auch wenn die Kosten für Energie aus Windkraftwerken dank technologischem Fortschritt stark verringert wurden, liegen sie immer noch weit über denen der Wärmekraftwerke. Außerdem bestehen die Kosten der Windkraftwerke weitgehend aus den Zinsen und der Amortisation des investierten Kapitals, wobei die Anlagen importiert werden und somit Dollarwerte (oder Eurowerte) haben.

Wenn von "Pesifizierung" der Energietarife die Rede ist,

befürchten die Betreiber von Kraftwerken, Fernleitungen für Strom und der Verteilungsnetze, dass ihre Bruttomarge beschränkt wird, wie es unter den Kirchner-Regierungen der Fall war. Das hemmt Investitionen auf diesem Gebiet, die in den letzten Jahren in Schwung gekommen waren. Aber unmittelbar hemmt es auch die Instandhaltungsausgaben, was dann mehr Pannen bei der Stromversorgung, und auch länger dauernde verheißt. Unter der zweiten Regierung von Cristina, nachdem die Instandhaltung des Verteilungsnetzes ab 2002 völlig vernachlässigt worden war, weil die Tarife diese Kosten nicht deckten, kam es zu einem gigantischen Stromausfall in der Stadt Buenos Aires, was dann den Minister Julio de Vido dazu führte, den Stromverteilern Edesur und Edenor eine hohe Subvention zu geben, damit sie das Netz wieder in Ordnung bringen konnten. Nach der Privatisierung der staatlichen Segba Anfang der 90er Jahre, bei der die Kraftwerke, der Ferntransport und das Verteilungsnetz getrennt an private Konzerne vergeben wurden, hatte die Zahl der Stromunterbrechungen, und auch ihre durchschnittliche Dauer drastisch abgenommen. Auch diese Privatisierung war erfolgreich. Wenn jetzt der Staat sich wieder einmischt, besteht die Gefahr, dass es wieder einen Rückschritt gibt, wie unter den Kirchners.

Steuereinnahmen im Oktober: +42,8%

Die gesamten Steuereinnahmen des Bundesstaates, einschließlich Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren, erreichten im Oktober 2019 \$ 446,17 Mrd., +42,8% über dem Vorjahr. In 10 Monaten 2019 waren es \$ 4,05 Bio., 46,8% über dem Vorjahr. In beiden Fällen lag die Zunahme unter der Inflation, so dass eine reale Abnahme stattfand. Das Plansoll des Haushaltes wird jedoch bestimmt übertroffen. Bei einer Inflation, die schließlich in diesem Jahr etwa doppelt so hoch sein wird, als sie bei der Budgetberechnung vorgesehen wurde, hat der ganze Haushalt, wie er seinerzeit berechnet wurde, eine relative Bedeutung.

Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt:

► **GEWINNSTEUER:** \$ 79,94 Mrd., +25,4%. Diese Steuer wird besonders von der hohen Inflation betroffen, da sich die Steuerzahlungen jeweils auf Unternehmensgewinne und persönliche Einkommen einer vorangehenden Periode beziehen. Danach erzielt der Fiskus bei dieser Steuer zusätzliche Einnahmen, weil die Unternehmen auch inflationäre Buchgewinne versteuern müssen, und viele Personen in eine höhere Steuerskala gleiten.

► **MEHRWERTSTEUER:** \$ 148,25 Mrd., +32%. Der Nettoerlös wurde auch beeinträchtigt, weil \$ 4,4 Mrd. an Rückgaben der bei Exportgütern vorher schon gezahlten Steuer aus-

gezahlt wurden, 76% über dem Vorjahr.

► **INTERNE STEUERN:** \$ 9,64 Mrd., +47,1%. Hier hat sich die neue Berechnungsformel der Zigarettensteuer ausgewirkt, aber auch der geringere Zigarettenkonsum.

► **EXPORTZÖLLE:** \$ 36,79 Mrd., +176,1%. Hier kommt an erster Stelle die Abwertung zum Ausdruck, und an zweiter der gestiegene Export.

► **IMPORTZÖLLE:** \$ 19,24 Mrd., +66,2%. Die Zunahme ist ausschließlich auf die Abwertung zurückzuführen, da die Importe mengenmäßig stark zurückgegangen sind.

► **BRENNSTOFFE:** \$ 13,43 Mrd., +52,9%.

► **VERMÖGENSSTEUER:** \$ 5,61 Mrd., +335,4%. Die außerordentliche Zunahme der "Steuer auf persönliche Güter", wie sie hier benannt wird, ist eine direkte Folge der Weißwaschung, wobei auch die Abwertung den Pesowert von Vermögen im Ausland stark erhöht hat.

► **SHECKSTEUER:** \$ 33,98 Mrd., +58%.

► **SOZIALABGABEN:** \$ 94,96 Mrd., +27,3%. Hier spiegelt sich die Tatsache, dass die Lohnerhöhungen unter der Inflation gestiegen sind, dann die erhöhte Säumigkeit und schließlich die geringere legale Beschäftigung.

Argentinien

Der Dollarkurs schloss am Mittwoch zu \$ 63,26, gegen \$ 63,42 eine Woche zuvor. Doch in den Wechselstuben lag der Kurs allgemein niedriger, bis zu \$ 61. Der Devisenmarkt lag letzte Woche unter Angebotsdruck, und die ZB musste Devisen kaufen, um einen Kursrückgang zu verhindern. Allein am Dienstag kaufte die ZB u\$s 130 Mio., bei einem Gesamtumsatz von u\$s 347,8 Mio. Der lokale Schwarzkurs lag bei \$ 65, und der Kurs, der sich bei Überweisungen über Kauf den Staatstiteln hier und Verkauf in New York ergibt ("contado con liqui") erreichte \$ 78,5. Der Zinssatz der Leliq wurde am Dienstag auf 64,94% gesenkt, und liegt somit um 3 Prozentpunkte unter Ende Oktober. Die ZB-Reserven lagen am Dienstag bei u\$s 43,38, gegen u\$s 43,27 am Mittwoch der Vorwoche. Der Rofex-Terminkurs lag zum 31.8.20 bei \$ 83,75, was einen Zinssatz von 51,02% zum Ausdruck bringt.

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires lag am Dienstag um 13,29% über der Vorwoche, womit er jetzt um 21,71% über Ende 2018 liegt.

Die Staatstitel verzeichnen in einer Woche zum Dienstag eine betonte Baisse. Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt: Argentina 2022: -2,65%; Argentina 2021: -2,17%; Argentina 2026: -2,31%; Argentina 2046: -1,70%; Bonar 2024: -0,40%.

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) am Dienstag bei 24 Karat zu \$ 2.795,46 pro Gramm gehandelt., gegen \$ 2.997,63 in der Vorwoche.

Die Geldmenge, definiert als monetäre Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB) stieg in 12 Monaten zum 1.11.2019 um 16,48%, bei einer Zunahme von 8,40% in den letzten 30 Tagen. In 12 Monaten stieg der Notenumlauf in Händen des Publikums um 24,81%, während die Depositen bei der ZB nur um 5,72% zunah-

men. Das monetäre Aggregat M2 (Banknoten im Umlauf plus Giro- und Spardepositen), das sich auf Zahlungsmittel im weiteren Sinn bezieht, stieg in 12 Monaten um 27,28%.

Die gesamten Pesodepositen der Banken stiegen in 12 Monaten zum 1.11.19 um 16,14% auf \$ 3,29 Bio., und die gesamten Pesokredite nahmen um 14,01% auf \$ 1,90 Bio.

zu. Bei einer Inflation von über 50% stellt dies einen bedeutenden realen Rückgang dar. Die Dollardepositen gingen in 12 Monaten um 30,74% auf u\$s 21,64 Mrd. zurück, und die Dollarkredite sanken um 23,59% auf u\$s 12,07 Mrd.

Im Oktober wurden 32.432 neue Kfz in das offizielle Register eingetragen, 33,23% weniger als im gleichen Vorjahresmonat und 10,21% weniger als im September, teilte der Agenturenverband Acara mit. Diese Zahl entspricht den Verkäufen der Agenturen an ihre Kunden. In 10 Monaten 2019 wurden 412.412 Einheiten eingetragen, 43,89% unter dem Vorjahr. Im Oktober lag VW mit einem Marktanteil von 16,1% an erster Stelle, gefolgt von Toyota mit 14,5%, Renault mit 12,9%, Ford mit 11,3% und GM mit 10,2%. Das meistverkaufte Modell war der Toyota Hilux, gefolgt vom Ford K und den VW Gol Trend.

Im August gab es 12,1 Mio. Arbeitnehmer, Selbstständige und Einheitssteuerzahler, die Beiträge zum Pensionierungssystem leisten. Es waren 1% (gleich 125.000 Menschen) weniger als ein Jahr zuvor. Die private legale Beschäftigung nahm interannuell um 2,3% ab, und ab März 2018 waren es ca. 250.000 Personen weniger. Die Beschäftigung nahm in 12 Monaten zum August im privaten Bereich um 2,3% (gleich 140.400 Menschen) ab. Bei Selbstständigen betrug die interannuelle Abnahme 2,5%, bei Einheitssteuerzahlern 1,1%. Hingegen nahm die Beschäftigung im staatlichen Bereich um 0,5% (gleich 16.200 Menschen) zu. Im privaten Bereich gab es Zunahmen bei Haushaltspersonal (+1,7%), sozialen Einheitssteuerzahlern

(+5,5%), Landwirtschaft (+0,8%), Fischerei (+3,8%) und Bergbau (+5,3%). Der Rückgang konzentriert sich auf die Industrie (-4,9%), den Handel (-3,7%) und die Bauwirtschaft (-2,7%). Zu diesen legal Beschäftigten kommen noch die Schwarzarbeiter hinzu, deren Zahl in einem Jahr zum August zugenommen haben dürfte.

Die ZB hat durch Mitteilung 6823 bestimmt, dass nur u\$s 50 in bar bei jeder Transaktion mit Kreditkarten als Vorschuss abgehoben werden können. Diese Geschäfte können jedoch wiederholt werden, bis zu einer Grenze, die jede Bank festsetzen kann. Die ZB hat bestimmt, dass die neue Beschränkung des Kaufes von Dollarscheinen und Überweisungen auch die Zahlungen betrifft, die sich aus Glücksspielen und Wetten ergeben, und auch auf die Übertragungen auf Konten von Dienstleistern bei Zahlungen und dem Kauf von Kryptowährungen (Bitcoin u.a.). Finanzanstalten u.a., die Kreditkarten ausgeben. Alle müssen eine Genehmigung der ZB erhalten, bevor sie Zahlungen auf Konten im Ausland durchführen können. Mit dieser neuen Bestimmung wurden sechs Möglichkeiten verhindert, der Begrenzung der Dollarkäufe und -überweisungen zu entgehen.

Die Löhne stiegen in 8 Monaten 2019 durchschnittlich um 26,5%, allein im August um 2,4%, teilt das Arbeitssekretariat mit. In 12 Monaten stiegen die Löhne um 42,4%, bei einer Inflation von 54,5%, so dass der Reallohn um 10,6% gefallen ist. Die Lohnentwicklung war jedoch bei den einzelnen Branchen und Unternehmen unterschiedlich, so dass der Reallohnverlust in einigen Fällen höher war, und in anderen niedriger, oder sogar überhaupt nicht bestand.

Die Einfrierung der Preise für Erdöl und Gas hat dazu geführt, dass im Oktober nur noch 312 neue Vorgänge zur Ausbeutung von Schiefergas und -öl im Gebiet von Vaca Muerta stattfanden, gegen 676 im August und 508

im September. Der Rekord wurde im Februar 2019 mit 712 Fällen erreicht. Die Kosten werden in Vaca Muerta auf ca. u\$s 40 je Barrel Erdöl geschätzt. Die zuständige Gewerkschaft hat bekanntgegeben, dass 13 Bohranlagen in diesem Gebiet stillgelegt wurden und die Arbeit bei 1.500 Arbeitnehmern zeitweilig aufgehoben wurde.

Die Regierung hat durch Notstandsdekret 601/19 ab Freitag der Vorwoche eine Zunahme von 5% bei Benzin und Dieseltreibstoff verfügt. Ab 14. November sollen in diesem Jahr noch weitere Erhöhungen folgen, angeblich auch von 5% in jedem Fall. Außerdem müssen die Raffinerien (YPF, Axion, Raizen, Puma und Refinor) 6% mehr für Bioethanol aus Zuckerrohr und 8% mehr für Bioethanol aus Mais und Biodieselöl zahlen.

Der Bestand der ZB an Leliq-Titeln hat sich seit den PASO-Wahlen vom 11. August bis Ende Oktober um 38% verringert, in Dollar umgerechnet sogar um 55%. Von \$ 1,3 Bio. ist der Bestand auf \$ 750 Mrd. gesunken, in Dollar umgerechnet von u\$s 28,39 Mrd. auf u\$s 12,67 Mrd. Der Rückgang ist zum Teil eine Folge der Abwertung, aber auch der Verringerung des Bestandes der Banken, die zum Teil auf kurzfristige Swap-Geschäfte übergangen, aber auch ihren Bargeldbestand erhöht haben. Der Abbau der Leliq ging mit der Aufgabe des Zieles der Nullerhöhung der monetären Basis einher.

Die Zahl der Kreditkarten ist in einem Jahr um ca. eine Million gesunken, berichtet die Kammer der Kredit- und Zahlkarten (Atacyc). Das ist vornehmlich auf die hohen Zinsen zurückzuführen, die bei den Konsumkrediten berechnet werden, die über Kreditkarten gewährt werden, die über 100% erreicht haben. Es ist positiv, dass die Konsumenten lieber weniger kaufen, als diese Wucherzinsen zu bezahlen, die ihr zukünftiges Einkommen beeinträchtigen. Die 10 größten Banken des Landes registrieren 14,6 Mio.

Inhaber von Kreditkarten, wobei die Gesamtzahl auf 25 Mio. geschätzt wird.

Der Verband der Hotels und Restaurants (FEHGRA) fordert eine staatliche Regulierung der informellen Unterkünfte, die Touristen u.a. geboten werden, bei denen in der Regel die Steuern, die Hotels belasten, nicht gezahlt werden. Laut Angaben der Kammer werden im informellen Bereich 480.000 Betten angeboten, während sämtliche Hotels nur 425.000 bieten. Es handelt sich dabei um Zimmer in Familienwohnungen, Appartements oder einzelnen Zimmern in diesen, und auch um kleinere Hotels, die nicht als solche eingetragen sind. Die informellen Unterkünfte werden über Internet-Plattformen wie Airbnb, Booking, OxoHotel, Trivago und Expedia vermittelt. Allein, auch im formellen Bereich haben Trivago u.a. Vermittler die Konkurrenz verschärft, da sie die Kunden genau über die Tarife der einzelnen Hotels und ihre Qualität informieren. Die Rentabilität der Hotellerie ist dabei gesunken.

Der Export von Getreide, Ölsaaten, Speiseöl und Sojamehl, erreichte im Oktober den höchsten Stand der letzten fünf Jahre. Die Exporteure verrechneten dabei u\$ 1,99 Mrd., knapp unter dem Septemberbetrag, aber 51% über dem gleichen Vorjahresmonat. Der Gesamtbetrag der ersten 10 Monate 2019 lag bei u\$ 19,31 Mrd., knapp unter dem Gesamtbetrag von u\$ 20,2 Mrd., der ganz 2018 erreicht wurde. Indessen ist ein großer Teil der diesjährigen Ernte noch nicht exportiert worden. Die Landwirte halten viel Getreide und Ölsaat in großen Kunststoffschläuchen, das sie jedoch in den nächsten Monaten verkaufen müssen, einmal weil sie das Land frei für die kommende Aussaat machen müssen, und dann, weil sie das Geld für diese benötigen. Die Landwirte spekulieren mit einer weiteren Abwertung.

Nachdem 16 Provinzen die Abschaffung der MwSt. für einige Konsumgüter beanstandet hatten, und Entre Rios einen Prozess eingeleitet hatte, der direkt zum Obersten Gerichtshof ging, hat dieser entschieden (gegen die Stimme des Präsidenten Carlos Rosenkranz), dass die Bundesregierung die vollen Kosten der Maßnahmen tragen muss. Jetzt hat die Regierung dies per Dekret 567/129 bestätigt. Das Urteil ist fragwürdig, weil die Provinzen kein Mitspracherecht bezüglich nationalen Steuern haben. Das Gesetz sichert ihnen nur einen prozentualen Anteil am Erlös der Bundessteuern.

Die bilaterale Handelsbilanz mit Brasilien schloss für Argentinien im Oktober mit einem Überschuss von u\$ 290 Mio., gegen ein Defizit von u\$ 70 Mio. im gleichen Vorjahresmonat. Die argentinischen Exporte lagen um 32% unter dem Vorjahr, während die Exporte um 4% stiegen. In 10 Monaten 2019 beträgt der positive Saldo für Argentinien u\$ 665 Mio., der sich mit einem Defizit von u\$ 4,16 Mrd. in 10 Monaten 2018 vergleicht.

Der Mengenumsatz des unabhängigen Einzelhandels ist im Oktober um ca. 10% zurückgegangen, hat der Verband CAME ermittelt, der diesen Bereich vertritt. In 10 Monaten 2019 lag der Mengenumsatz um 12, 5% unter dem Vorjahr. Im Oktober gab es jedoch positive Zeichen bei Möbeln, elektrischen Haushaltsgeräten und Bekleidung, als Folge der Preiseinfrierung und der Zahlung in 12, bzw. 18 Monaten mit stark subventionierten Zinsen.

In den ersten 9 Monaten 2019 haben 1.203 Unternehmen entweder Konkurs (auf spanisch "quiebra") gemeldet oder ein Präventivverfahren eingeleitet, bei dem ein Vergleich mit den Gläubigern angestrebt wird. Es waren insgesamt 40% mehr Einzelfälle als in der gleichen Vorjahresperiode. Dies berichtet das Wirtschaftsforschungsinstitut CEPA. Unter den wichtigsten Einzelfällen befinden sich das Luftfahrtunternehmen Avian, die Firmen Grandote (die Kekse des Typs "Alfajor" erzeugt), Porta Hnos. (die Fernet, Speiseöl und Essig und den Salatzusatz Casalta herstellt), und die Bekleidungsfirmen Ayres und AY Not Dead. Der bei weitem größte Konkurs war der des Postunternehmens OCA, den die AFIP beantragt hatte.

Im September erreichte der lokale Kauf von Dollarscheinen, die im Wesen als Sparmittel eingesetzt werden, u\$ 3,01 Mrd. In 9 Monaten 2019 waren es u\$ 22,75 Mrd., und während der gesamten Macri-Regierung lag der Betrag bei u\$ 62,35 Mrd. Diese Mittel wurden zum Teil ausgegeben (besonders für den Kauf von Immobilien), womit sie den Charakter einer Zweitwährung erhalten, mit der lokale Zahlungen erfolgen. Das ist etwas anderes als Kapitalflucht. Es handelt sich um die Haltung der Barreserven, die in einem Inflationsland wie Argentinien weitgehend vom Peso auf den Dollar übergehen.

Die monatlichen Quoten und die Höchstgrenzen beim Umsatz wurden bei der Einheitssteuer ab 1. Januar 2020 um 51% erhöht, wie es das Gesetz vorsieht. Alle drei

Monate findet hier eine Erhöhung statt, die sich zu 70% auf den Index der Konsumentenpreise und zu 30% auf den RIPT-Index des Arbeitssekretariates bezieht, wobei die Indexierung jeweils sechs Monate nach dem statistischen Ergebnis erfolgt. Deshalb bleibt die Erhöhung jetzt hinter der Inflation zurück. Die monatliche Zahlung reicht jetzt bei Dienstleistungen von \$ 1.955,41 bei der untersten Kategorie bis zu \$ 9.450,67 bei der höchsten (Kategorie H). Bei Tätigkeiten, die sich auf die Erzeugung und/oder den Verkauf von Waren beziehen, beträgt die höchste Kategorie \$ 14.174,44.

Im Dezember werden Pensionen, Hinterbliebenenrenten, Gnadenrenten, Familienzuschüsse und Kindergelder (was insgesamt 18 Mio. Zahlungen umfasst) um 8,74% erhöht. Das ergibt sich aus dem Gesetz der Macri-Regierung, das Erhöhungen alle drei Monate gemäß der Zunahme des Indices der Konsumentenpreise und des RIPT-Index vorsieht. Gemäß dieser Formel muss dann im März 2020 eine weitere Zunahme von 11,56% stattfinden.

Bezüglich der verbrecherischen Übernahme der Ciccone-Druckerei durch den damaligen Wirtschaftsminister Amado Boudou, der danach Vizepräsident wurde, konzentriert sich die Diskussion auf die Jahre, die Boudou in Haft verbringen wird. Das faktisch viel wichtigere Problem, was der Staat mit dieser Druckerei macht, die er nicht benötigt, steht überhaupt nicht zur Diskussion. Die Druckerei war von den Brüdern Héctor und Nicolás Ciccone aufgebaut worden, und befasste sich mit Sicherheitsdruck, was sich auf Schecks, Aktien, Staatstitel u.dgl. bezieht. Der Scheck ist in den letzten Jahren von den Zahl- und Kreditkarten und der Internet-Überweisung verdrängt worden, und Aktien u.a. Wertpapiere werden nicht mehr gedruckt, sondern in einem Konto in der Wertpapierkasse der Börse gebucht. Somit hatte Ciccone viel weniger Aufträge und ging zu Grunde. Der Notendruck war für die Firma ein Nebengeschäft, da die Münzanstalt normalerweise mit ihrer eigenen Druckmaschine auskommt. Bei der Enteignung von Ciccone, die vollzogen wurde, um das Geschäft von Boudou zu verdecken, hat sich kein Besitzer gemeldet, um die Entschädigung zu fordern, wohl weil das Unternehmen auch hohe Schulden hatte. Für die Münzanstalt stellt die Ciccone-Druckerei eine Belastung dar, da sie ein hohes Defizit verursacht und im Wesen überflüssig ist. Bisher hat niemand in der Regierung bekanntgegeben, wie dies weitergeht.

Im Oktober haben die lokalen Kfz-Fabriken insgesamt 31.834 Automobile, Lastwagen und Pick-ups erzeugt, 17,7% unter dem gleichen Vorjahrsmonat und 15% über September, berichtet der Verband Adefa. Die Lieferungen an die Agenturen betragen 27.024 Einheiten, 26,9% unter dem Vorjahr, aber 1,2% über September 2019. Die Exporte betragen 19.339 Einheiten, 12,2% unter dem Vorjahr und 10,3% unter September 2019. Aus diesen Zahlen ergibt sich (ohne die Veränderung des Bestandes zu berücksichtigen) ein Import von 25.529 Einheiten. In 10 Monaten 2019 betrug die lokale Kfz-Produktion 273.164 Einheiten, 33,3% unter dem Vorjahr. Die Lieferungen an die Agenturen betragen 308.423 Einheiten (-47%) und die Exporte 187.362 Einheiten (-15%), wobei 66,1% auf Brasilien entfielen. Die Importe betragen demnach 221.621 Einheiten. Diese Statistik umfasst nicht Importe von Kfz, die nicht durch die lokalen Fabriken vertreten sind, wie BMW, Kia u.a. Somit ist der Gesamtimport höher.

Die Banken haben ihre Provisionen für ihre Dienstleistungen (Erhaltung von Konten, Mieten für Bankfächer, u.s.w.) ab 1.1.20 um durchschnittlich etwa 30% erhöht.

In 10 Monaten 2019 wurden insgesamt 11,45 Mio. Rinder geschlachtet, 2,3% über dem Vorjahr, teilt der Verband CICCRA mit. Die Beteiligung von Kühen lag bei 48,7%, 3,7 Prozentpunkte über dem Vorjahr. Die Fleischproduktion (mit Knochen) lag bei 2,58 Mio. Tonnen, 1,1% über dem Vorjahr, was darauf hindeutet, dass das Durchschnittsgewicht der Rinder dieses Jahr geringer war. Der Export betrug 659.000 Tonnen (mit Knochen), 47,8% über dem Vorjahr. Der Konsum lag in 10 Monaten 2019 bei 51,4 kg pro Kopf, 9,6% (gleich 5,5 kg) unter dem Vorjahr. Die Konsumenten gehen zunehmend auf Schweinefleisch und Geflügel über.

Während der Macri-Regierung nahmen 16 zusätzliche Exportschlachthöfe die Tätigkeit auf. Zum größten Teil handelt es sich um einige von den über 40 Schlachthöfen, die unter den Kirchner-Regierungen geschlossen hatten, und zum geringeren Teil um neue Betriebe. Dies hängt mit der starken Zunahme der Rindfleischexporte zusammen, die besonders auf hohen Käufen von China beruht.

Lateinamerika

Bolivians Regierung hat nach Angaben eines Regionalpolitikers ein Joint Venture zur Lithiumgewinnung mit einem deutschen Unternehmen annulliert. Der Gouverneur des Departements Potosí erklärte am Sonntag laut der Nachrichtenagentur ABI, die Regierung von Präsident Evo Morales habe das Projekt per Dekret gestoppt. Die Gründe dafür blieben zunächst unklar. Das beteiligte Unternehmen ACI Systems aus Baden-Württemberg erklärte am Montagnachmittag, zunächst nur aus der Presse von diesem Schritt erfahren zu haben. „Eine offizielle Information von bolivianischer Seite ist bisher nicht erfolgt, und für uns ist es auch nicht nachvollziehbar“, teilte Firmenchef Wolfgang Schmutz mit. Bis vor wenigen Tagen sei noch alles planmäßig gelaufen. „Wir werden daher erst einmal wie geplant am Projekt weiterarbeiten.“ Das deutsch-bolivianische Gemeinschaftsprojekt war erst vor einem Jahr ins Leben gerufen worden. Dem Abkommen zufolge sollte YLB 51% der Anteile am Joint Venture halten. Geplant war von 2022 an eine Förderung von 30.000 bis 40.000 Tonnen Lithiumhydroxid im Jahr, mit Investitionen von E 300 bis E 400 Mio. (dpa)

Die brasilianische Regierung hat diese Woche die Ausschreibung für die Ausbeutung von 9 Ölfeldern auf dem Meeresgrund, bei Rio de Janeiro, eingeleitet. 12 Unternehmen haben ihre Beteiligung zugesichert. Die Regierung hofft, für diese Konzessionen u\$ 28,5 Mrd. einzunehmen. Die nationale Erdölagentur erwartet, dass Brasilien seine Erdölförderung, von jetzt 3 Mio. Barrel Erdöl, bis 2030 verdoppeln wird. Brasilien gehört dem internationalen Erdölkonzern OPEC nicht an (der von Saudi Arabien geleitet wird), wurde aber unlängst erneut eingeladen, ihm beizutreten. Das würde jedoch bei der erwarteten Produktionszunahme einen Konflikt herbeiführen.

Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro hat am Dienstag

ein Gesetzesprojekt im Kongress eingebracht, das sich auf tiefgreifende Reformen bei der Staatsverwaltung bezieht. U.a verfügt das Projekt eine Verringerung der Gehälter und gelegentlich auch der Arbeitszeiten der Staatsangestellten, die Aufhebung der Neueinstellungen beim Staat, ein Verbot von Beförderung von Staatsangestellten, eine neue Aufteilungsformel der Bundessteuern unter den einzelnen Staaten und Gemeinden, und die Abschaffung von Gemeinden, die Subventionen erfordern. Das Projekt sieht auch drei Verfassungsänderungen vor. Wirtschaftsminister Paulo Guedes erklärte, es handle sich um die größte Staatsreform in der brasilianischen Geschichte.

Geschäftsnachrichten

Genneia

Dieser Kraftwerksbetreiber hat bekanntgegeben, dass er die drei Anlagen von Windkraftwerken für insgesamt u\$ 320 Mio., die in der Provinz Chubut geplant waren, zunächst nicht errichten wird. Die Entscheidung beruht auf der neuen Devisenbewirtschaftung, die das Unternehmen zwingt, den gesamten Kredit, der für das Projekt bestimmt ist, in Pesos zu verrechnen, obwohl ein großer Teil der Mittel für Zahlungen an ausländische Lieferanten und Garantien bestimmt ist. Die ZB habe sich nicht bereit erklärt, dieser Lage Rechnung zu tragen. Genneia hatte eine Finanzierung auf 15 Jahre zu 6% von Förderungsbanken von Deutschland, der Niederlande und Dänemark erhalten, die jetzt verloren geht. Die Aufhebung des Projektes habe auch zahlreiche Probleme mit Lieferanten geschaffen.

Mercado Libre

Dieses Unternehmen, das sich mit Handel über Internet befasst und von Marcos Galperín gegründet wurde und

jetzt von ihm kontrolliert wird, wies in 9 Monaten 2019 einen Verlust von u\$ 118 Mio. aus, wobei es allein im 3. Quartal u\$ 146,1 Mio. waren, obwohl die Einnahmen in diesem Quartal mit u\$ 603 Mio. um 90,5% über dem Vorjahr lagen. Der Verlust ist einmal auf eine Reserve für hinausgeschobene Steuerzahlungen in Höhe von u\$ 91,5 Mio. in Mexiko und Kolumbien zurückzuführen, dann aber auch auf neue Geschäfte, wie Marketplace und Payments, die hohe Sonderausgaben für die Einführung erforderten.

Jan de Nul

Die belgische Firma Jan de Nul erhielt den Zuschlag für die Baggerung der Häfen Ingeniero White, Galván und Rosales (bei Bahía Blanca) für 27 Monate. Die Firma betreibt schon seit Anfang der 90er Jahre die Konzession für die Baggerung des Paraná-Flusses, vom Rio de la Plata bis Santa Fé, und zählt mit sechs Baggern, die mit moderner Technologie ausgestattet sind. Jan de Nul ist weltweit führend auf dem Gebiet der Baggerung und damit zusammenhängenden Tätigkeiten. Gegenwärtig ist Jan de Nul in 150 Ländern tätig, hat einen Jahresumsatz von ca. u\$ 3 Mrd. und beschäftigt 7.000 Personen.

Techint

Dieser multinationale Konzern, mit Hauptsitz in Argentinien (wo er nach dem Krieg vom Italiener Agostino Rocca gegründet wurde, Großvater des gegenwärtigen Konzernleiters Paolo Rocca), hat in Chile den Zuschlag für das Projekt, den Bau und die Betreibung einer Anlage erhalten, die für die Entsalzung von Meerwasser bestimmt ist, welches das Kupferunternehmen Codelco verwendet. Techint bildet für diesen Zweck einen Konzern mit der japanischen Marubeni und der chilenischen Transelec, hat dabei jedoch die Führungsrolle.

Ein letzter Inflationsschub: ein Geschenk von Macri an Fernández

Von Juan E. Alemann

Für Oktober wird mit einer Inflation, gemessen mit dem Index der Konsumentenpreise des INDEC, von etwa 4% gerechnet, was nach dem Sprung von 5,9% als eine Besserung und einen Hinweis auf eine abnehmende Tendenz erscheint. Aber es war eine Eintagsfliege. Im November wird mit über 5% gerechnet, und dabei stellt sich nur die Frage, um wie viel höher es sein wird. Und im Dezember wird es dann bestimmt noch mehr sein, eventuell sogar über 10%. Das schafft für den neuen Präsidenten, Alberto Fernández, ein schwieriges Problem, gibt ihm jedoch gleichzeitig die politische Grundlage für harte Maßnahmen, mit denen u.a. verhindert würde, dass es wieder zu einer Hyperinflationsswelle kommt, die chaotische Zustände schafft. Das versetzt Politiker, Gewerkschafter, Unternehmen und die Gesellschaft im allgemeinen in Panik, so dass eine Politik, die diese Entwicklung verhindert, mit geringem Protest hingenommen wird.

Unlängst wurde der Preis von Benzin und Dieselöl um 5% erhöht, und dabei soll es stufenweise kurzfristig 20% sein. Macri will noch vor seinem Abgang das Problem zumindest teilweise lösen, dass er mit der Einfrierung im Zuge der Wahlkampagne geschaffen hat. In der Provinz Buenos Aires hat die Gouverneurin María Eugenia Vidal eine Erhöhung der Stromtarife von 20% zugelassen, die sie vorher eingefroren hatte. Voraussichtlich kommen jetzt auch Erhöhungen des Stromtarifs im Rahmen von Groß- Buenos Aires u.a. Orten des Landes. Hinzu kommt dann noch die jüngste Tarifierhöhung bei privaten Gesundheitsdiensten (die sogenannten "prepagas") von 12% (61,3% im ganzen Jahr 2019) und bei Privatschulen (bis 19%). Und dann gab es einen gewaltigen Preissprung bei Rindfleisch, der mit der Abwertung und mit einem stark

gestiegenen Export zusammenhängt, und sich dann auf Schweinefleisch und Huhn überträgt, wenn die Nachfrage auf diese Produkte übergeht. Ebenfalls ist der Preis von Weizenmehl in die Höhe gesprungen, der sich sofort auf Brot und Teigwaren überträgt. In Supermärkten haben Konsumexperten allgemein starke Zunahmen festgestellt, was durch die zahlreichen Sonderangebote mit Mengenrabatten u.a. Preisnachlässen vertuscht wird.

Die Unternehmer befürchten einmal einen weiteren Abwertungssprung, und dann eine Preiseinfrierung im Rahmen eines sogenannten Sozialpaktes. Darauf reagieren sie, so weit sie können, mit vorbeugenden Preiserhöhungen. Hinzu kommt jetzt noch der Umstand, dass viele Lohnabkommen, die dieses Jahr abgeschlossen wurden, eine Indexierungsklausel enthalten oder zumindest einen Hinweis auf eine Neuverhandlung, wenn die Inflation stärker als erwartet ist. Das treibt die Kosten in die Höhe, und diese werden, so weit wie möglich auf die Preise abgewälzt.

Abgesehen von all diesem, haben sich die letzten Abwertungssprünge noch nicht voll auf die Preise des Einzelhandels übertragen. Das jüngste Verbot des Dollarkaufs und der Dollarüberweisungen für Sparzwecke und Auslandsreisen hat auch eine inflationäre Wirkung gehabt. Die Regierung wollte sich von der von Cristina unterscheiden, nachdem Macri und seine Leute das totale Verbot, im Volksmund genannt "cepo", stets verteufelt hatten, und hat somit zunächst einen beschränkten Kauf, und dann einen minimalen zugelassen. Im Wesen ist es das Gleiche wie vor Dezember 2015. Das Ergebnis war jetzt, wie zu erwarten, dass sofort ein Schwarzkurs aufgetreten ist, der höher als der legale war, und dann auch

ein noch viel höherer für die (legalen) Überweisungen über den gleichzeitigen Kauf und Verkauf von Staatstiteln in Argentinien und New York, hier in Pesos und dort in Dollar. Dieser viel höhere Kurs wird dann allgemein als "der richtige" betrachtet, so dass sie ihn bei ihrer Berechnung der lokalen Werten in Dollar verwenden. Beiläufig bemerkt: AF und sein Wirtschaftsminister werden sich überlegen müssen, wie sie zu diesem Thema Stellung nehmen. Unsere Empfehlung: eine Aufteilung des Devisenmarktes in einen für den Bereich der Leistungsbilanz und einen anderen für den der Kapitalbilanz. Einige Fälle müssen dann einzeln entschieden werden. Einen doppelten Devisenmarkt dieser Art hat es schon mehrmals gegeben. Dadurch werden diejenigen, die Dollar kaufen, nicht gezwungen, ihre schwarzen Geschäfte zu erweitern. Es ist wichtig, dass die Dollarkäufe legal bleiben, denn sie sind schließlich nur ein Teil des bimonetären Währungssystems, das in Argentinien faktisch besteht, und Teil der Wirtschaftsordnung ist. Ein gespaltenen Devisenmarkt schafft gewiss viele Probleme und muss in absehbarer Zeit wieder aufgegeben werden. Aber unmittelbar löst dieser doppelte Devisenmarkt kritische Probleme. Dabei wird auch der Kapitalimport angespornt, da Investoren dann in Argentinien Immobilien u.a. Güter billiger kaufen können. Als am 24. März 1976 die Militärregierung antrat, war auch auf dem Devisenmarkt der Teufel los. Wirtschaftsminister José A. Martínez de Hoz schuf damals auch einen gespaltenen Devisenmarkt, der dann schrittweise bis Ende jenes Jahres vereinheitlicht wurde. Als Macri als Präsident antrat, wurde das Thema auch diskutiert, und Wirtschaftler wie Javier González Fraga (jetzt Präsident der Banco Nación) rieten zu einem doppelten Markt. Das war damals das Richtige, aber die anderen Wirtschaftler, die damals das Sagen hatten (Alfonso Prat Gay, Federico Sturzenegger u.a.), und auch Macri selber, entschieden sich für einen einheitlichen Markt, was ein Fehler war, der Macri und dem Land teuer zu stehen kam. Hoffentlich begeht AF nicht den gleichen Fehler.

Gleichzeitig hat die Macri-Regierung das primäre Defizit erhöht und die monetäre Politik gelockert. Die Steuergeschenke, wie die Abschaffung der MwSt. für Waren des täglichen Konsums, plus andere Geschenke, die weichere Haltung gegenüber säumigen Steuerzahlern (mit einem jüngsten sehr großzügigen Moratorium) und eine Erweiterung von Konsumkrediten der Banken zu stark subventionierten Zinsen, und die Verringerung des Leliq-Bestandes bei entsprechender Geldschöpfung, all das hat zu einer starken Zunahme der monetären Basis, von \$ 150 Mrd. seit Anfang September, geführt. Das Ziel der Nullzunahme, das mit dem IWF vereinbart worden war, wurde aufgegeben. Auch wenn ein Teil dieser Geldschöpfung die Nachfrage angetrieben hat, und mehr Konsum und einen mengenmäßig höheren Umsatz geschaffen hat, wird mit dieser Emission die Kosteninflation erleichtert. Zum Jahresende kommt noch eine weitere Geldschöpfung, von geschätzten \$ 300 Mrd. hinzu, als Folge des zusätzlichen halben Jahresgehaltes der Staatsangestellten.

Zu dieser Konstellation kommt jetzt die Wirkung der selbsterfüllten Prophezeiung hinzu. Wenn allgemein mit höherer Inflation gerechnet wird, dann verhalten sich Unternehmer dementsprechend und erhöhen die Preise so viel sie können, auch wenn sie dabei einen geringen Absatz hinnehmen müssen.

Alberto Fernández wird als Präsident nicht vermeiden können, dass Dezember ein Monat mit hoher Inflation sein wird. Er muss sich bemühen, dass dies eine kurzfristige Erscheinung ist, und die Inflation im Januar viel weniger zunimmt. Das bedeutet jedoch, dass die Arbeitnehmer allgemein einen weiteren Reallohnrückgang hinnehmen, müssen, und dass der erwartete Aufschwung der Wirtschaft bestenfalls sehr bescheiden ist. Denn, wenn er sich bemüht, die Konjunktur anzukurbeln, dann springt die Inflation sofort davon, und dann gibt es auch keine Erholung der wirtschaftlichen Tätigkeit.

Ideologische Phantasien und komplexe Realitäten

Von Juan E. Alemann

Die ideologische Einstufung der Regierungen von Mauricio Macri und jetzt von Alberto Fernández hat wenig mit einer Realität zu tun, die sehr komplex, sozial konfliktiv und schwer zu verwalten ist. Macri wird als neoliberal eingestuft, AF als Sozialdemokrat mit einem populistischen Einschlag, wobei die meisten, die diese Bezeichnungen verwenden, nicht einmal wissen, was sie bedeuten. Als Neoliberalismus wird Liberalismus mit Sozialpolitik bezeichnet, und als Sozialdemokratie Sozialismus mit Marktwirtschaft. Und Populismus ist wieder etwas anderes, nämlich eine kurzfristige Politik, die strukturelle Probleme unter den Teppich fegt, um sofortige Vorteile für große Teile der Bevölkerung auf Kosten der Vernachlässigung von Investitionen zu erhalten, die vornehmlich bei der Infrastruktur und den öffentlichen Diensten notwendig sind. Der Populismus ist in seinem Wesen irrational, und gelegentlich platzt er. Wenn es einem populistischen Präsidenten gelingt, dass die Explosion erst bei einer nächsten Regierung stattfindet, mit einer anderen politischen Ausrichtung, dann wird die Schuld auf diese geschoben, so dass die populistische Regierung politisch davon profitiert. Genau das hat Cristina Kirchner mit der Erbschaft erreicht, die sie Macri übertragen hat.

Die ideologische Diskussion dreht sich um die Frage, wie viel Marktwirtschaft und wie viel Sozialismus es sein soll. Wenn der sozialistische Bestandteil zu groß ist, dann erstickt er die Marktwirtschaft, und es gibt kein Wachstum, was auch die Sozialpolitik beeinträchtigt. Und wenn der soziale Bestandteil zu gering ist, dann geraten viel mehr Menschen in Not. Macri hat den Sozialstaat, entgegen dem was seine Gegner behaupten, ausgebaut, mehr Mittel dafür eingesetzt, und in vielen Aspekten

verbessert. Doch das hat seine Fortschritte in Richtung Marktwirtschaft belastet und zu einem gesamtwirtschaftlichen Misserfolg geführt.

AF muss sich somit jetzt an erster Stelle um die Wirtschaft bemühen, und dabei hat er einen geringen Spielraum für mehr Sozialpolitik. Und Populismus, wie ihn die Kirchners betrieben, ist heute eine Phantasie. Sie konnten sich den Populismus erlauben, weil sie mit sanierten Staatsfinanzen, einem Leistungsbilanzüberschuss, keinen Zinszahlungen auf die Auslandsschuld (bis Mitte 2005), hohen Reserven von Erdöl und Gas, überschüssige Kapazitäten bei den Kraftwerken, und einer Sojabohne zu u\$ 500 und mehr (gegen ca. u\$ 200 unter Menem und ca. u\$ 340 jetzt) zählten. Außerdem waren die Löhne nach der Megaabwertung von 2002 stark zurückgeblieben, so dass Lohnerhöhungen gewährt werden konnten, die mit höherer Produktion ausgeglichen und nicht auf die Preise übertragen wurden. All das hat überhaupt nichts mit der gegenwärtigen Lage zu tun.

Es geht jetzt um Rationalität, nicht um Ideologie. Dabei muss man vom Effizienzkonzept ausgehen und es verstehen. Wenn man die ganze Wirtschaftswissenschaft in einem Wort zusammenfassen will, dann ist dieses Effizienz, also das Verhältnis zwischen den für einen Zweck eingesetzten Mitteln und dem Ergebnis. Es ist etwas anderes als Wirksamkeit (auf spanisch "eficacia"), bei der es nur um das Ergebnis geht. Im militärischen Bereich wird das Ergebnis in den Vordergrund gestellt ohne sich viel um den Einsatz von Mitteln zu kümmern, die dazu notwendig sind. Doch im wirtschaftlichen Bereich ist es anders, da es darum geht, mit beschränkten Mitteln das

bestmögliche Ergebnis zu erreichen. Wobei dieses Konzept in Argentinien jetzt auch im militärischen Bereich gelten muss. Z.B. müssen keine Mirage-Kampfflugzeuge mehr gekauft werden (wie zur Zeit der Militärregierung), die sehr teuer sind und in Argentinien keinen Sinn haben, sondern billige Maschinen, (wenn möglich gebrauchte, wie es unter Menem der Fall war, die hier instandgesetzt wurden), die u.a. für Überwachung der Flugzeuge eingesetzt werden, mit denen Drogen ins Land gebracht werden. Auch auf teure U-Boote, wie das unlängst versunkene, sollte verzichtet werden. Argentinien braucht keine zusätzlichen U-Boote.

Bei der Sozialpolitik muss das Denken in Effizienz-kategorien ganz besonders eingesetzt werden, weil der soziale Bedarf unendlich ist, aber die Mittel, um ihn voll zu decken, sehr beschränkt sind. In diesem Sinn war es eine schlechte Idee, die MwSt. auf bestimmte Lebensmittel abzuschaffen, denn das begünstigt zum allergößten Teil Menschen, die dieses Geschenk gewiss nicht brauchen. Hingegen würden direkte Geschenke von Gemüse an Schulen und Anstalten, die eine Gratismahlzeit bieten, fast nur diejenigen begünstigen, die dies wirklich benötigen. Wobei außerdem viel mehr Gemüse erzeugt wird, als konsumiert wird, so dass viel Gemüse nicht einmal geerntet wird und anderes weggeworfen wird. Der Staat hat somit die Möglichkeit, Gemüse sehr billig zu kaufen. Dies ist nur ein Beispiel der Möglichkeiten, die bei einer effizienten Sozialpolitik bestehen.

Es fällt auf, dass die Fachökonomien, sowohl diejenigen, die Macri nahestehen, wie die von AF, und auch die vielen unabhängigen, das Wort Effizienz nie erwähnen, und den Eindruck erwecken, dass sie das Konzept in seiner ganzen Tragweite nicht begriffen haben. Und dabei ist die Lösung der komplexen wirtschaftlichen und sozialen Lage nur möglich, wenn man systematisch in Effizienz-kategorien denkt.

Das wirtschaftliche Wachstum beruht gemäß Untersuchungen bedeutender US-Ökonomen, darunter auch einem Nobelpreisträger, etwa zur Hälfte auf materiellen Faktoren (mehr Kapital, mehr menschliche und natürliche Ressourcen) und zur anderen Hälfte auf immateriellen Faktoren (Effizienz, technologischer Fortschritt, Ausbildung und strukturellen Änderungen). In Argentinien, das unter Kapitalknappheit leidet und weiter leiden wird, muss versucht werden, die immateriellen Wachstumsfaktoren zu betonen.

Den Unfug, den AF während der Wahlkampagne von sich gegeben hat, sollte man ad acta legen. Er sagte z.B., Macri habe die Wirtschaft abgeschaltet (mit einer Geste, die sich auf einen Lichtschalter bezieht), und er werde sie wieder einschalten. Er wird sich jetzt wundern, wenn er den Schalter sucht. Ebenfalls sagte er, er werde als erstes arbeiten, damit jedermann auch eine (bezahlte) Arbeit habe. Doch jetzt muss er sich überlegen, wie er das erreicht.

Das Ziel der Vollbeschäftigung steht gewiss an erster Stelle. Darunter versteht man eine Arbeitslosigkeit, die sich nur auf die friktionelle bezieht, also diejenigen, die ihre erste Arbeit suchen und diejenigen, die ihren Arbeitsplatz wechseln und eventuell ihren Wohnort ändern müssen. Damit gelangt man auf ca. 4%. Was darüber liegt, muss verschwinden. Wenn AF jetzt wartet, bis die Wirtschaft wieder wächst und neue Arbeitsplätze schafft, dann bleibt die Arbeitslosigkeit auf lange Zeit hoch, auf alle Fälle über 10% der aktiven Bevölkerung. Die einzige Möglichkeit, den "Beschäftigungsschalter" anzuzünden, besteht darin, die direkt oder potentiell instabilen Arbeitsplätze zu besetzen, und für diejenigen, die zum ersten Mal in den formellen Arbeitsprozess eintreten, die Sozialabgaben während einer bestimmten Zeit nicht zu berechnen. Als erstes müsste die Entlassungsentschädigung nicht, wie jetzt, ab 3 Monaten sondern erst nach 2 Jahren gezahlt werden müssen. Dagegen (und auch gegen andere notwendige Reformen) opponieren die Gewerkschafter. Wird es AF wagen, es mit diesen aufzunehmen?

Die neue Regierung muss jetzt mit viel Pragmatismus und wenig Ideologie an die wirtschaftliche und soziale Problematik herangehen. Der ideologische Quatsch, den Cristina, Mitglieder von "La Cámpora" u.a. von sich geben, sollte er bei Seite lassen. AF muss sich jetzt als intelligenter Mensch, der er gewiss ist, behaupten, und streng rationell handeln. Dabei werden ihm Macri und viele seiner Mitarbeiter wenn nötig bestimmt helfen. Allgemein ist die Verzweiflung über die Lage in Argentinien so groß, dass diejenigen, die zum Establishment gehören und viele andere bestimmt bereit sein werden, AF zu helfen, statt sich auf Kritik zu konzentrieren. Und diese Konstellation muss AF zu nutzen wissen.